

Infoveranstaltung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Rastanlage West / BI demonstriert

Bund als Auftraggeber hat im Entscheidungsprozess das letzte Wort

(bg). „Es ruft der Specht, es ruft der Star. Der Hockenheim-Wald bleibt da.“ Das riefen abwechselnd Ulrike Ahmad und Uwe Wacker am Dienstag in der vergangenen Woche vor der Stadthalle ins Megaphon.

Und etwa 200 Personen jeglichen Alters hielten ihre Transparente und Plakate hoch und antworteten: „Nicht hier. Jeder Baum zählt!“ Oh je, wird sich mancher gedacht haben. Jetzt wird wenige Tage nach der Fridays-for-Future-Demonstration Hockenheim endgültig zu einem Hort der Revolution.

Die Annahme war weit gefehlt. An diesem Spätnachmittag war in der Stadthalle eine Info-Veranstaltung des Regierungspräsidiums Karlsruhe angesetzt. Die Behörde hatte eingeladen, um die Bürger über die Erweiterung der Tank- und Rastanlage Hockenheim-West bzw. einen Alternativstandort zu informieren. Und da hierfür im Stadtwald C4 Rodungen durchgeführt werden müssen, war natürlich die Bürgerinitiative Pro Stadtwald C4 (BI) mit ihren Anhängern vor Ort, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Die Friday-for-Future-Bewegung und die BI sind in ihren Zielen gar nicht so weit voneinander entfernt. Nur dass die Stadtwald-Problematik mit den sterbenden Bäumen, der drohenden Abholzung und dem Autobahnlärm die Bürger direkt in ihrem gegenwärtigen Lebensumfeld täglich berührt.

Friedlicher Protest

Der Protest vor der Stadthalle blieb natürlich friedlich. Oberbürgermeister Marcus Zeitler war vor Ort, auch Vertreter des Gemeinderates. Das Hockheimer Stadtparlament und Oberbürgermeister Dieter Gummer sprachen sich schon im Juli gemeinsam dafür aus, die BI in ihrem Vorhaben für den Erhalt des Stadtwaldes zu unterstützen. Etwa 270 bis 300 Personen fanden sich dann in der Stadthalle ein. Die Moderatorin Katharina Kuch erläuterte die Gesamtsituation. So stehen seit Jahren auf den Parkplätzen zu wenig Stellplätze für den Schwerlastverkehr



Demo für den Stadtwald vor der Stadthalle

Foto: bg

zur Verfügung. Deshalb wird verstärkt im nicht markierten Bereich geparkt, was schon tödliche Unfälle nach sich gezogen hat. Es ist damit zu rechnen, dass der LKW-Verkehr in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Nun wurde das Regierungspräsidium vom Bund beauftragt, zu überprüfen, wie die Kapazitäten auf dem Autobahnabschnitt zwischen dem Autobahndreieck Hockenheim und dem Walldorfer Kreuz erhöht werden könnten, bzw. einen Alternativstandort zu suchen.

Wie dann Projektleiter Tanith Braun erklärte, beträgt deren Abstand 7,5 Kilometer. Weil aber zu den Kreuzen ein gewisser Regelabstand eingehalten werden muss, bleibt nur ein Abschnitt von 5,5 Kilometern übrig. Und hier befindet sich die Rastanlage West und ein möglicher Alternativstandort auf Reilinger Gemarkung, der aus reinem Ackerland besteht. Beide Standorte werden zurzeit auf ihre Tauglichkeit bzw. auf die Umweltverträglichkeit untersucht. Die Entscheidung liegt letztendlich beim Bund.

Zur Zeit stehen auf der Rastanlage 49 LKW-Stellplätze zur Ver-

fügung. Meist parken jedoch bis zu 90 Brummis auf der Fläche. Nach dem Umbau und der Vergrößerung können hier 131 Laster parken. Mit einer Überparkung ist jedoch wieder zu rechnen. Der Alternativstandort auf Reilinger Gemarkung beansprucht eine Fläche von ca. 7,5 ha. Hier finden dann 87 LKW Platz.

Das Land auf Reilinger Gemarkung befindet sich zu 95% in privater Hand. Für die Erweiterung der Rastanlage West beträgt die Flächeninanspruchnahme 4,8 ha. Davon gehören 90% dem Bund und 10% der Stadt Hockenheim. Die neue Rastanlage würde dann auf ca. 180 Meter an die Waldstraße heranrücken.

Lärmschutz

Die für den Lärmschutz zuständige Rebecca Braun berichtete, dass der Autobahnlärm an der Waldstraße nicht als gesundheitsschädlich eingestuft wird. Zudem informierte sie, dass Wald keinen Lärm dämmt und deshalb auch nicht in die Lärmberechnungen miteinbezogen wird. Zur Autobahn hin werden beide möglichen Standorte mit

einer Mauer geschützt. Rückseitig wird ein 4 Meter hoher Wall errichtet. „Deshalb wird es im Stadtwald leiser, wenn wir den Wall schaffen“, so Rebecca Braun. Diese Aussage erzeugte Lachen im Publikum.

Reilingen

Auch der Reilinger Bürgermeister Stefan Weisbrod ergriff das Wort. Er wisse erst seit wenigen Tagen von der Planung. Auch die bis zu 30 Privateigentümer auf Reilinger Gemarkung seien noch nicht informiert. Das Ackerland solle nicht gegen den Wald ausgespielt werden. „Wir hoffen auf andere Plätze.“

Wie wird es weitergehen?

Die Ausarbeitung der Kompaktvariante für den Standort Reilingen, die Fertigstellung der Immissionsgutachten und das Erstellen der Umweltverträglichkeitsstudie werden etwa ein Jahr dauern. Das öffentliche Scopingverfahren ist auf das Jahr 2020 angesetzt. Allerdings wechselt ab 2021 die Zuständigkeit der Planung zum Bund. „Was dann die Kollegen machen, wissen wir nicht“, so Projektleiterin Tanith Braun.